Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 37 (1962)

Heft: 5

Vereinsnachrichten: Schweiz. Verband für Wohnungswesen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Jahresbericht 1961

1. Wohnungsmarkt und Wohnungsbau

Obwohl im Jahre 1961 in den Gemeinden mit über 2000 Einwohnern 45 033 Neubauwohnungen erstellt wurden, was einen neuen Rekord bedeutet, hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt vor allem in den Städten und den Industriegemeinden weiter verschlechtert. Das Angebot kann das wachsende Bedürfnis nicht befriedigen, und die Miete der spekulativ gebauten Wohnungen ist infolge der unerhört gestiegenen Bodenpreise und der erhöhten Baukosten so teuer, daß sie das Budget der Angestellten und Arbeiter viel zu stark belastet und die Familien immer dringender auf eine Berufsarbeit der Frauen angewiesen sind.

Trotz den unerträglichen Verhältnissen ist der Anteil der Bau- und Wohngenossenschaften an der Wohnungsproduktion wieder etwas gesunken und macht nur noch 11 Prozent aus. Diese Tatsache ist zum Teil eine Folge des Rückganges der öffentlichen Wohnbauförderung. Während im Jahre 1960 noch 8,5 Prozent der Neubauwohnungen mit öffentlicher Hilfe erstellt wurden, waren es im Berichtsjahr nur noch 8,1 Prozent. Die Hauptursache liegt jedoch darin, daß der gute Wille vieler Bau- und Wohngenossenschaften an der Unmöglichkeit scheiterte, geeignetes Bauland zu erhalten. Wegen des Mangels an Bauland konnten leider nicht überall die für die Wohnbauförderung zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel im erwarteten Ausmaß beansprucht werden.

Mit Befriedigung darf festgestellt werden, daß manche Genossenschaften der Städte ihre Tätigkeit auf die Vororte ausdehnen und da und dort auf der Landschaft neue Genossenschaften entstehen, die allerdings zum Teil Mühe haben, die Restfinanzierung ihrer Bauten zustande zu bringen.

2. Anregungen aus der Mitgliedschaft

Angesichts dieser Schwierigkeiten hatte sich der Zentralvorstand im Berichtsjahr mit einer Reihe von Anregungen zu befassen, die darauf abzielten, dem genossenschaftlichen Wohnungsbau neue Wege für die Landbeschaffung wie auch für die Restfinanzierung zu öffnen und die Entstehung neuer Genossenschaften zu fördern.

Gewiß liegt der Gedanke nahe, die Bau- und Wohngenossenschaften und ihre Mieter zu einer Solidaritätsaktion aufzurufen, um von ihnen die Mittel für größere Landkäufe zu erhalten, und die seinerzeitige Gründung der Bürgschaftsgenossenschaft hat gezeigt, wie stark der Wille zur kollektiven Selbsthilfe in unserem Verband ist; aber man darf den Betrag nicht überschätzen, den sie zur Verfügung stellen könnten, ohne die Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben zu beeinträchtigen. Der Zentralvorstand prüft darum noch andere Lösungen.

Als nicht durchführbar erwies sich auch ein Vorschlag, einen Fonds zu schaffen, mit dem der Hypothekar-Bürgschaftsgenossenschaft ermöglicht würde, die Verbürgungsgrenze von 90 auf 95 Prozent der Anlagekosten zu erhöhen. Wohl könnte damit jungen Genossenschaften die Restfinanzierung erleichtert werden, aber die Banken gehen mit ihren Belehnungen nicht über 90 Prozent.

Ferner wurde vorgeschlagen, das Sekretariat auszubauen, damit es sich mehr der Gründung neuer Genossenschaften in Gemeinden, wo noch Landreserven vorhanden sind, annehmen könne. Der Zentralvorstand hält diese Aufgabe für sehr wichtig, ist aber der Auffassung, sie könne nicht zentral gelöst werden. Die Gründung neuer Genossenschaften und deren Betreuung müsse von den Sektionen ausgehen.

3. Der Fonds de roulement

Aus dem Fonds de roulement konnte der «Baticoop» in Freiburg ein zinsloses Darlehen im Betrage von 24 000 Franken, der Allgemeinen Baugenossenschaft Kriens ein Darlehen von 25 000 Franken und der Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft Schaffhausen ein solches im Betrage von 30 000 Franken gewährt werden.

4. Gründung der Sektion Aargau

Den Bemühungen der Sektion Zürich ist es zu verdanken, daß am 19. August 1961 die Sektion Aargau unseres Verbandes gegründet werden konnte. Dabei konnten zwei weitere Genossenschaften in den Verband aufgenommen werden. Die Sektion Zürich übergab der neuen Sektion einen großzügigen Gründungsbeitrag. Wir begrüßen die neunte Sektion herzlich und wünschen ihr die besten Erfolge.

5. Die Broschüre «La famille et le logement»

Anfangs des Jahres 1961 gab die Section Romande in Verbindung mit der Internationalen Union der Architekten die Studie «La famille et le logement» des waadtländischen kantonalen Wohnungsamtes heraus, die sich mit den Fragen befaßt, wie weit die mit öffentlicher Unterstützung erstellten Wohnungen den Bedürfnissen der Familie entsprechen und wie sich der Wohnungswechsel auf die menschlichen Beziehungen der Mieter zu der Nachbarschaft auswirkt. Der Zentralvorstand ermöglichte die Publikation durch die Übernahme eines Teiles der Auflage. Die stark bebilderte Broschüre wurde den Sektionen und den Genossenschaften zu einem ermäßigten Preis abgegeben. Da noch ein Rest übrig geblieben ist, kann die Studie beim Verbandssekretariat weiterhin bezogen werden.

Auf die Herausgabe einer ähnlichen Studie in der deutschsprachigen Schweiz, wie sie die Technische Kommission vorschlug, wurde verzichtet in der Meinung, es solle auf die Schweizerische Landesausstellung 1964 eine Broschüre mit einer Darstellung der Tätigkeit und der Bedeutung der Bau- und Wohngenossenschaften des Landes herausgegeben werden.

6. Die Verbandstagung in Luzern

Die Jahrestagung vom 13. und 14. Mai 1961 in Luzern wies einen über Erwarten guten Besuch auf, nahmen doch rund 700 Delegierte und Gäste an ihr teil. Das Protokoll der Delegiertenversammlung ist im «Wohnen» Nr. 6/1961 erschienen. Vom herrlichsten Frühlingswetter begünstigt, verstand es die Sektion Innerschweiz, ihre Gäste mit einem sehr gut vorbereiteten, reichhaltigen Programm zu erfreuen. Der Stolz, mit der sie ihnen auf der Rundfahrt durch die «Leuchtenstadt» die zahlreichen genossenschaftlichen Siedlungen zeigte, war durchaus berechtigt. Ein großes Werk wurde im Lauf der Jahre vollbracht, das nicht nur von der hingebungsvollen Arbeit der Genossenschaften, sondern auch von einem tiefen Verständnis der Behörden und der Bevölkerung für

das soziale Wohnungswesen zeugt. Besonders die modernen Bauten der Eisenbahner-Genossenschaft auf dem «Geißenstein» fanden allgemeinen Beifall.

Die Abendunterhaltung bewies, daß die Luzerner Bau- und Wohngenossenschaften auch auf kulturellem Gebiet eng zusammenarbeiten und manchen alten Volksbrauch in die neue Zeit hinübergerettet haben. Wo anders wäre es möglich gewesen, aus Musikanten der verschiedenen Genossenschaften ad hoc ein Orchester zusammenzustellen, dessen Leistung sich auf hohem Niveau bewegte? Einen würdigen Abschluß bildete die Fahrt auf dem Vierwaldstättersee, dessen Gestade sich diesmal bei Föhnstimmung von ihrer besten Seite zeigten.

An der Delegiertenversammlung referierte unser Verbandspräsident P. Steinmann über die Notwendigkeit der Schulungs- und Bildungsarbeit. Er konnte dabei aus einer langjährigen Erfahrung schöpfen und den Delegierten eine Fülle praktischer Anleitungen und Anregungen mit nach Hause geben.

Die Abrechnung über die Tagung ergab einen erfreulichen Überschuß, so daß die Sektion Innerschweiz dem Bildungsfonds den Betrag von 600 Franken überweisen konnte.

Der Sektion Innerschweiz gebührt für die vorbildliche Durchführung und den Beitrag an den Bildungsfonds der wärmste Dank.

7. Bildungsarbeit

Nachdem die Arbeitstagung vom 24. und 25. September 1960 im Genossenschaftlichen Seminar in Muttenz ein überaus großes Interesse gefunden hatte, beschloß der Zentralvorstand, sie am 11. und 12. März 1961 zu wiederholen. Es referierten wiederum J. Peter über «Die Aufgaben der Bau- und Wohngenossenschaften», H. Gerteis über «Die Praxis des genossenschaftlichen Wohnungsbaues», P. Steinmann über «Verwaltungsfragen der Bau- und Wohngenossenschaften» und Dr. H. Amberg über «Kulturelle Veranstaltungen der Bau- und Wohngenossenschaften». Anschließend berichtete Dr. M. Benkler über die kulturelle Tätigkeit in der Siedlung Jakobsberg und führte die Teilnehmer zur Besichtigung der Siedlung. Die Tagung wurde von Dr. W. Ruf geleitet.

Auch dieser Tagung war ein guter Erfolg beschieden, und es ist vorgesehen, später ähnliche Veranstaltungen durchzuführen.

Ein erhebendes Ereignis war für die 100 Teilnehmer die Arbeitstagung vom 21. Oktober 1961 bei der Familienheim-Genossenschaft Zürich mit dem Thema «Aufbau und Tätigkeit einer Bau- und Wohngenossenschaft». Keine andere Genossenschaft wäre besser geeignet gewesen, den Besuchern die Vielseitigkeit genossenschaftlichen Schaffens in der Praxis darzustellen. Ihre in 19 Etappen erbauten 1855 Wohnungen bilden im Friesenberg einen geschlossenen Stadtteil. Sie besitzt eine mustergültige Organisation, einen großen Stab von Mitarbeitern, einen Regiebetrieb und eine Reihe von sozialen Einrichtungen. Und überall spürt man den genossenschaftlichen Geist, der das Ganze beseelt. Nicht nur der zur Verfügung stehende prächtige Saal der FGZ, sondern auch die vorzügliche Vorbereitung durch die Genossenschaftsorgane trugen wesentlich dazu bei, die Tagung zu einem vollen Erfolg werden zu lassen. Jeder Teilnehmer erhielt zum vorherigen Studium eine kleine Broschüre zugestellt, die Aufschluß über den Bestand und die Organisation, den Unterhalt der Liegenschaften, die Verwaltung, die Tätigkeit der Kommissionen, die Wäschezentralen und die Vermietungsprobleme gab. Die Referenten konnten sich deshalb knapp auf das Wesentliche beschränken. Einem besonders großen Interesse begegneten die Wäschezentralen. Alle Teilnehmer hatten Gelegenheit, die ganze Siedlung von außen und die letzte Bauetappe, deren 421 Wohnungen am 1. Januar 1961 alle bezogen waren und die durch die Gestaltung der Anlage und der Wohnungen dem genossenschaftlichen Wohnen neue Wege zeigt, auch von innen zu besichtigen.

Der Leitung der Familienheim-Genossenschaft sei für die mustergültige Durchführung der Tagung und ihre den Gästen erwiesene Gastfreundschaft, aber auch dem Genossenschaftschor für seine schönen Vorträge der herzlichste Dank ausgesprochen.

Auf Anregung des Zentralvorstandes führte die *Section Romande* unter der Leitung des Präsidenten A. Maret, Regierungsrat, am 14. Oktober 1961 ebenfalls eine Arbeitstagung in Lausanne durch. Es referierten F. Picot, Advokat in Genf, über «Die Genossenschaften und das Obligationenrecht», M. Weiß, Président der Société coopérative d'Habitation de Lausanne, über «Die Aufgaben und Erfahrungen eines Baugenossenschaftspräsidenten», R. Gerber, Professor in Neuenburg, über «Die Institutionen des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen zur Förderung des Wohnungsbaues» und R. Panchaud, Direktor der Société coopérative d'Habitation de Genève, über «Die Verwaltung der Baugenossenschaft». Eine rege Diskussion zeugte vom großen Interesse der über dreißig Teilnehmer an den behandelten Themen.

Bei der Durchführung der Arbeitstagung im Genossenschaftlichen Seminar und einer solchen der Section Romande leistete der Bildungsfonds wertvolle Dienste. Wir danken den Sektionen und Genossenschaften, die zu seiner Äufnung beigetragen haben, bestens und ersuchen sie, bei passender Gelegenheit an ihn zu denken.

8. Unsere Zeitschriften

Unser Verbandsorgan «das Wohnen» konnte die Zahl seiner Abonnenten wiederum erhöhen und hat eine Auflage von rund 15 000 erreicht. Vergleichen wir sie mit den über 51 000 Wohnungen, über welche die deutschsprachigen Genossenschaften unseres Verbandes verfügen, so können wir mit unserem Erfolg gar nicht zufrieden sein. Wir müssen darum wieder an alle Genossenschaften, die dies noch nicht getan haben, den Appell richten, sie möchten das Verbandsorgan für ihre Mieter abonnieren. Um dies zu ermöglichen, wurde der Abonnementspreis trotz den stark gestiegenen Druckkosten nicht erhöht. Bei über 30 Abonnements kostet eines nur drei Franken. Gibt es wirklich Genossenschaften, für die dieser Betrag unerschwinglich ist?

Der Beschluß der Delegiertenversammlung 1960 in Bern, der die dem Verband angeschlossenen Bau- und Wohngenossenschaften deutscher Sprache verpflichtet, das Verbandsorgan mindestens für alle Mitglieder des Vorstandes zu abonnieren, hatte zur Folge, daß 65 Genossenschaften zusammen 365 Abonnements mehr bestellten. Es gibt aber immer noch Genossenschaften, die sich nicht an diesen Beschluß halten.

Allen, die der französischen Sprache kundig sind, möchten wir empfehlen, auch die Zeitschrift der Section Romande, «L'Habitation», zu abonnieren. Unter der fachkundigen neuen Redaktion bietet sie jedem, der sich mit dem genossenschaftlichen Bauen und Wohnen befaßt, viel Interessantes.

9. Die Beratungsstelle

Die Beratungsstelle hatte im Berichtsjahr 41 Geschäfte zu erledigen, von denen sich einige auf längere Zeit ausdehnten. Sie betrafen: die Festsetzung und Aufteilung der Vorstandsentschädigungen, die Gründung neuer Genossenschaften, Steuerfragen, Buchhaltungsfragen, das Baurecht, Alterswohnungen, die Belastung der Mieter für Instandstellungsarbeiten, einen Kaufvertrag, Kanalisationsbeiträge, die Heizabrechnung, die Baurechnung, die Beurteilung eines Bauvorhabens, Subventionsfragen, die Wasch- und Kehrordnung, die Rekurskommission, die Stempelabgabe, Spielplätze, den Mietvertrag, die Statuten, die Festsetzung der Mietzinse, den Ausschluß eines Mitgliedes und die Finanzierung einer Waschanlage.

10. Internationale Verbindungen

Unser Verband ist Mitglied des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung und läßt sich in dessen Büro und Verbandsrat vertreten. Über die Bestrebungen der Bau- und Wohngenossenschaften und anderer gemeinnütziger Organisationen zur internationalen Zusammenarbeit und die Tätigkeit des IVWSR auf dem Gebiete des Wohnungsbaues und der Planung erstattete der Sekretär dem Zentralvorstand einen ausführlichen schriftlichen Bericht. Der Zentralvorstand begrüßte den vom Ständigen Ausschuß des IVWSR für soziales Wohnungswesen in Zürich gefaßten Beschluß, die auf dem Gebiete des Wohnungsbaues tätigen gemeinnützigen Organisationen im Rahmen des IVWSR zu einer Internationalen Studiengruppe für soziales Wohnungswesen zusammenzuschließen. Er sprach sich aber gegen die Gründung eines besonderen internationalen Verbandes der Bau- und Wohngenossenschaften aus, in der Meinung, die Studiengruppe werde mit dem Internationalen Genossenschaftsbund zusammenarbeiten.

Im September 1961 veranstaltete der Vorstand der Vereinigten gemeinnützigen Baugenossenschaft Bergedorf-Bille in Hamburg eine Studienreise durch die Schweiz. Das Sekretariat half ihr, die Reise zu organisieren, und Vertreter der Sektionen Basel, Zürich und Bern nahmen sich der Gesellschaft während ihres Aufenthaltes in der Schweiz an.

11. Sitzungen und Delegationen

Im Berichtsjahr fanden 4 Sitzungen des Zentralvorstandes, 3 Sitzungen der Verwaltungskommission für das «Wohnen» und 2 Sitzungen der Bildungskommission statt. Der Technische Ausschuß trat nicht zusammen.

Der Zentralvorstand ließ sich an den Delegiertenversammlungen des Verbandes schweizerischer Konsumvereine und des Schweizerischen Mieterverbandes vertreten. Der Sekretär wurde an die Verbandsratstagung des IVWSR in Santiago de Compostela delegiert.

12. Mitgliedschaft

Sektionen	Genossenschaften	Behörden	Einzel-Mitgl.	Kollektiv-Mitgl.	Wohnungen
Zürich	105	1	7	21	29 891
Basel	86	—	9	7	7 835
Bern	61	5	11	6	6 800
Romande	29	19	38	38	4 175
Winterthur	23	1	9	—	2 804
Innerschweiz	15	—	—	—	2 048
St. Gallen	16	1	2	—	1 254
Schaffhausen	14	—	3	1	808
Aargau	8	—	—	—	638
Direkt angeschl.	4	3*	—	3**	110
	361	30	79	76	56 363

* Bauämter Schaffhausen, Olten und Neuhausen a. Rhf.
** VSK, VSB, SMUV

13. Zentralvorstand und Kommissionen

An der Delegiertenversammlung 1961 schieden K. Beutler, Vertreter der Eidgenössischen Finanzverwaltung, Bern; A. Hoechel, Architekt, Genf; Stadtrat W. Thomann, Zürich, und E. Högger, Administrator, Winterthur, aus dem Zentralvorstand aus. Sie wurden ersetzt durch Dr. iur. J. Looser, Eidgenössische Finanzverwaltung, Bern; J.-P. Vouga, Kantonsarchitekt, Lausanne; Stadtrat A. Maurer, Zürich, und W. Balmer, Verwalter, Winterthur.

Seither setzt sich der *Zentralvorstand* wie folgt zusammen: P. Steinmann, Nationalrat, Zürich, Präsident; K. Ägerter, Werkführer, Thun; W. Balmer, Verwalter, Winterthur; P. Fröhlich, Stadtrat, Luzern; R. Gerber, Professor, Neuenburg; F. Hauser, Vorsteher der kantonalen AHV, Basel; A. Hofmann, Beamter, Schaffhausen; Prof. H. Kunz, Architekt, Tagelswangen ZH; E. Lanz, Architekt, Biel; Dr. iur. Looser, Vertreter der Eidgenössischen Finanzverwaltung, Bern; A. Maurer, Stadtrat, Zürich; F. Nußbaumer, Riehen; J. Peter, alt Stadtrat, Zürich; F. Picot, Advokat, Genf; Dr. W. Ruf, Redaktor, Basel; E. Sager, Buchhalter, Zürich, Quästor; L. Schmid, Oberrichter, Bern; E. Stutz, Fürsorgesekretär, Zürich; J.-P. Vouga, Kantonsarchitekt, Lausanne; M. Weiß, Deputierter, Lausanne, und H. Zollinger, St. Gallen.

F. Hauser, Basel, trat im Laufe des Berichtsjahres zurück.

Das *Büro des Zentralvorstandes* besteht aus P. Steinmann, Präsident; A. Maurer, Vizepräsident; E. Sager, Quästor; H. Gerteis, Sekretär, und E. Stutz.

Mitglieder der *Verwaltungskommission* für das «Wohnen» sind: E. Stutz, Präsident; L. Schmid, Vizepräsident; E. Sager, Quästor; H. Gerteis, Redaktor, und Dr. W. Ruf.

Der *Technischen Kommission* gehören an: H. Gerteis, Präsident; Prof. H. Kunz, E. Lanz, J.-P. Vouga und A. Aeschlimann.

Die *Bildungskommission* besteht aus Dr. W. Ruf, Präsident; J. Peter, R. Gerber und H. Gerteis.

Als *Kontrollstelle* amten G. Squindo, Zürich; F. Hugi, Lausanne; R. Bollinger, Aarau. Ersatzleute sind J. Güttinger, Winterthur, und E. Müller, Basel.

Das *Sekretariat* und die *Redaktion* des Verbandsorgans besorgt H. Gerteis im Halbamt. Akquisiteur ist A. Basler, und die administrativen Arbeiten des «Wohnens» erledigt Th. Peter.

Jahresrechnung per 31. Dez. 1961

Fonds de roulement

Aktiven	Fr.
Zürcher Kantonalbank	81 000.—
Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft Schaffhausen	30 000.—
Wohnbaugenossenschaft Lyß	20 000.—
Wohnbaugenossenschaft Turgi	20 000.—
Baticoop Courtepin	24 000.—
Baugenossenschaft Feldmühlehof Kriens	25 000.—
	200 000.—
Passiven	
Fonds de roulement	200 000.—
	200 000.—

Verbandsrechnung

Bilanz per 31. Dezember 1961

Aktiven	Fr.
Kassakonto	24.40
Postscheckkonto	7 843.44
Sparheft ZKB 862102	10 592.46
Wertschriften	57 000.—
Telephondepot	251.10
Mobiliarkonto	1.—
Darlehen an «das Wohnen»	9 927.—
	85 639.40
Passiven	
Kapitalkonto	85 639.40
	85 639.40

Aufwand- und Ertragsrechnung

Aufwand	Fr.
Allgemeine Unkosten	7 412.65
Sekretariatskosten	12 167.09
Auslagen für Schriften	1 132.70
Mehreinnahmen 1961	5 516.87
	26 229.31

Ertrag	
Mitgliederbeiträge	14 718.25
Wertschriftenzinsen	1 584.06
Einnahmenüberschuß vom «Wohnen» an die Verbandskasse	9 927.—
	26 229.31

Vermögensrechnung

	Fr.
Vermögen am 31. Dezember 1961	85 639.40
Vermögen am 31. Dezember 1960	80 122.53
Demnach Vermögensvermehrung 1961	5 516.87

SVW-Schulungs- und Bildungsfonds

	Fr.
Auslagen für Kurse	1 165.30
Kommissionssitzungen	130.30
	1 295.60
Stand Depositenheft Nr. 32528 GZB	13 224.55
	14 520.15
Stand am 1. Januar 1961	11 686.60
Zins Depositenheft	234.65
Zins Fonds de roulement	1 473.40
Spenden von Sektionen	1 125.50
	14 520.15

Verbandszeitschrift «das Wohnen»

Bilanz per 31. Dezember 1961

Aktiven	Fr.
Kassakonto	23.15
Postscheck	6 693.10
Debitoren	12 291.65
Mobiliarkonto	1.—
	19 008.90

Passiven	
Provisionsrückbehalt	1 181.90
Darlehen vom Verband	9 927.—
Transitorische Passiven	7 900.—
	19 008.90

Aufwand- und Ertragsrechnung

Aufwand	Fr.
Kosten Zeitschrift	145 692.75
Kosten Verwaltung	7 892.65
Ertragsüberschuß an Verbandsrechnung	9 927.—
	163 512.40

Ertrag	
Inseratenertrag	115 723.40
Abonnementsertrag	47 536.25
Diverse Einnahmen	252.75
	163 512.40

Zürich, den 31. Dezember 1961

Schweizerischer Verband für Wohnungswesen:
Der Kassier: *Emil Sager*

SULZER

lösen Ihre luft- und wärmetechnischen Probleme

- Warmwasserheizungen
- Strahlungsheizungen
- Heißwasserheizungen
- Fernheizungen
- Warmwasserbereitungs-Anlagen
- Lüftungs- und Klima-Anlagen für Komfort und Industrie
- Luftvorhänge

Wir beraten Sie gerne

GEBRÜDER SULZER
Aktiengesellschaft
Winterthur, Schweiz

Abteilung Heizung und Lüftung

Filialen in: Aarau, Basel, Bern, Biel, Chur, Lausanne, Lugano, Luzern, Neuchâtel, Solothurn, Schaffhausen, St. Gallen, Zürich